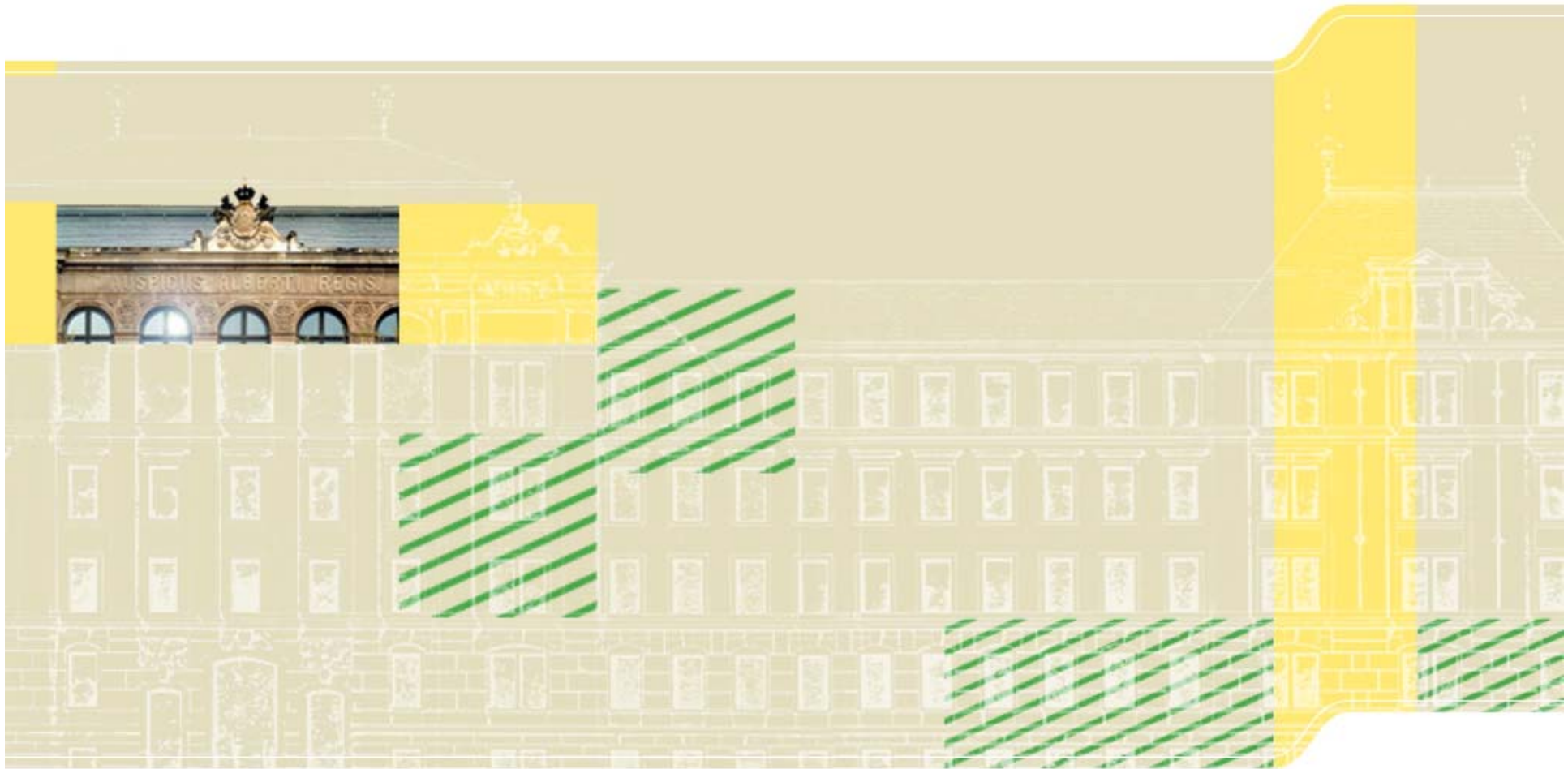


# Baugebiete in Überschwemmungsgebieten Bezirk der Landesdirektion Dresden

LANDESDIREKTION  
DRESDEN



## Hochwasser 2002



# Überprüfung der Bebauungspläne

Nach dem Auguthochwasser 2002 war klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht um die Schäden zukünftig einzudämmen.

Erste Umfrageergebnisse zu bauplanungsrechtlichen Grundlagen entsprechend der neu festgesetzten Hochwasserschutzkonzepte zu den Baugebieten in den Überschwemmungsgebieten haben jedoch ergeben,

dass der Handlungsbedarf durch die Gemeinden deutlich geringer eingeschätzt wird als durch die Fachbehörden, wenn sich ein Bebauungsplan ganz oder teilweise auf ein ausgewiesenes Überschwemmungsgebiet erstreckt.

Insoweit bestand weiterer Handlungsbedarf. Die betroffenen Bebauungspläne wurden daher von der Landesdirektion gemeinsam mit den Kommunen und den Landratsämtern einer Detailprüfung unterzogen.

## Rechtliche Hintergründe

Stellt sich heraus, dass die festgesetzten überbaubaren Flächen einer Überschwemmungsgefahr ausgesetzt sind, ist die Gemeinde gehalten, ihre planerischen Festsetzungen zu überprüfen.

Die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten nach Aufstellung eines Bebauungsplans kann dazu führen, dass die Gemeinde verpflichtet ist, den Bebauungsplan aufzuheben oder zu ändern (Anpassungspflicht).

Hierfür gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, Festsetzungen zu treffen ( z. B. Verzicht auf die Festsetzung von Baugebieten in überschwemmungsgefährdeten Bereichen, weniger hochwasserempfindliche Nutzungen, Höhenlage der baulichen Anlagen).

Die Unterlassung der Prüfung, ob nach Ausweisung der Überschwemmungsgebiete der Bebauungsplan zu ändern oder aufzuheben ist, kann Amtshaftungsansprüche zur Folge haben. Die Überprüfung dient daher auch dazu, die Kommunen vor Schadenersatzzahlungen zu bewahren.



## Grundsätze

Bei der Beurteilung, welche Bebauungspläne die prioritär anzupassen sind, ist eine Kategorisierung vorgenommen worden. Folgende Kriterien waren maßgeblich zu berücksichtigen:

- Lage des B-Plan-Gebiets im Überschwemmungsgebiet
- Umsetzungsgrad des B-Plans und Bebauungsdruck
- Maß der Hochwassergefährdung (Intensität) gemäß Gefahrenkarten
- Gefährdete Schutzgüter und Grad der Betroffenheit
- Stand und Wirksamkeit von Hochwasserschutzmaßnahmen
- Gewährleistung eines schadlosen Wasserabflusses
- Auswirkung auf die Hochwasserrückhaltung
- Sonstiges, z.B. neue Erkenntnisse über Hochwassergefahr

## Grundsätze

Die Kategorisierung erfolgte nach Fallgruppen:

### Kategorie I: unverzüglicher Handlungsbedarf

Gebiet liegt erheblich im Überschwemmungsbereich, Umsetzungsgrad noch nicht hoch, Bauabsichten aktuell

hohe Intensität des potentiellen Hochwassers, hohes Schadenpotential

kein Hochwasserschutz möglich oder vorgesehen

starke Beeinträchtigung des Hochwasserabflusses

starke Auswirkung auf die Hochwasserrückhaltung

# Grundsätze

## Kategorie II: Handlungsbedarf gegeben

Gebiet liegt erheblich im Überschwemmungsbereich

Umsetzungsgrad hoch, Bauabsichten aktuell

Intensität des potentiellen Hochwassers im mittleren Bereich

mittleres Schadenpotential

Hochwasserschutz vorgesehen, aber nicht zeitnah

mittlere Beeinträchtigung des Hochwasserabflusses

mittlere Auswirkung auf die Hochwasserrückhaltung

## Kategorie III: Prüfungsbedarf

## Kategorie IV: kein Prüfungsbedarf

## Ergebnisse der Prüfung

Im Direktionsbezirk Dresden wurden 155 Bebauungspläne identifiziert, die sich auf die neu festgesetzten Überschwemmungsgebiete erstrecken.

Nach Gesprächen mit den Landratsämtern und der Stadt Dresden waren 34 Bebauungspläne der Kategorie I und II zuzuordnen. Diese waren dahin zu überprüfen, ob und in welcher Form Handlungsbedarf besteht.

Nach weiteren Gesprächen unter Einbeziehung der betroffenen Gemeinden und der jeweiligen Wasserbehörden wird zur Zeit einzelfallbezogen geprüft, wie die Bebauungspläne angepasst werden sollen.

Nach jetzigem Kenntnisstand betrifft diese Vorgehensweise ca. 20 Bebauungspläne. Grund für die Reduzierungen: Hochwasserschutzmaßnahmen werden zeitnah realisiert, neue Berechnungen der potentiellen Überschwemmungen, keine freien Baufelder mehr vorhanden.



# Kennzeichnungspflicht

Für alle identifizierten Bebauungspläne besteht jedoch aufgrund der Regelungen in § 100 Abs. 7 Sächsisches Wassergesetz eine Kennzeichnungspflicht.

D.h. die Überschwemmungsgebiete sind in den Bauleitplänen mit den entsprechenden Informationen zu kennzeichnen.

- HQ 100 ist nachrichtlich zu übernehmen.